

## **Fragen Flucht und Asyl – Thomas Nasswetter / Spitzenkandidat Liste Pilz**

Es handelt sich hierbei Großteils um meine persönliche Meinung. Die Standpunkte von Peter Pilz entnehmen Sie am Besten seinem Buch – Heimat Österreich.

1. *Halten Sie die Festlegung einer zahlenmäßigen "Obergrenze" für Flüchtlinge grundsätzlich für richtig? Was soll passieren, wenn diese erreicht ist?*

Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht und es ist ein individuelles Recht. Das heißt, es muss im Einzelfall entschieden werden, ob eine Person Asyl erhält oder nicht. Somit es ist wohl klar, dass es nicht so einfach ist, eine Obergrenze zu setzen. Ich bin kein Freund einer Obergrenze und halte diese in Bezug auf Asyl für nicht gerechtfertigt.

Das Thema „Migration aus anderen Gründen“, allgemein als Wirtschaftsflüchtlinge bezeichnet, ist davon klar zu trennen. Hier werden wir eigene Programme brauchen und hier wird es Obergrenzen geben, die an die Leistungsfähigkeit von Verwaltung, NGOs und Gesellschaft angepasst sind.

### **Anmerkung zur derzeitigen Situation:**

Klar ist, dass wir 2015 ein staatliches Multiorganversagen erlebt haben, dass nur mit Hilfe privater Organisationen und dem großen Einsatz der Zivilbevölkerung gemeistert werden konnte. Klar ist aber auch, dass 2015 mit fast 100.000 angekommenen Menschen eine Grenze erreicht wurde, die uns alle in Wahrheit überfordert hat.

Die wirklich pragmatische Lösung auf die Flüchtlingswelle, die übrigens ihren Ausgang mit dem kompletten Behördenversagen am Budapester Bahnhof Keleti genommen hat, war das Abkommen der EU (hier hat Frau Merkel wohl federführend agiert) mit der Türkei. Wie viel unser Herr Außenminister mit seiner Balkanpolitik („Schließen der Balkanroute) dazu beigetragen hat, dass kann ich nicht bewerten. Nun kommen erstmals deutlich weniger an. Das hat letztlich mit vielen Ursachen zu tun.

### **Migration und Flucht:**

Es gibt hier keine einfachen Lösungen für komplexe Systeme. Wir müssen aber zuallererst Möglichkeiten suchen, die verhindern, dass sich Menschen auf den weiten Weg nach Österreich machen müssen. Das wird aber nicht in allen Fällen gelingen.

Integration ist ein schwieriger, langwieriger Prozess, der nicht immer von Erfolg gekrönt ist. Aber meine persönliche Erfahrung zeigt, dass es für den Großteil der angekommenen und für zukünftig ankommende Menschen möglich ist bzw. sein

wird. Bei der Integration wären erfolgreichere Ergebnisse zu erzielen, wenn die Rahmenbedingungen besser passen würden. Und es wird immer einen gewissen Prozentsatz von Menschen geben, die sich aus welchen Gründen auch immer der Integration entziehen werden. Diese Fälle dürfen aber nicht als Grundlage für die Gesetzgebung dienen.

2. *Viele Asylwerber müssen derzeit zwei Jahre oder mehr auf die Entscheidung der Behörden warten. Sollte es Ihrer Meinung nach für Asylwerber mehr Möglichkeiten zum Arbeiten geben?*

Eines der Grundprobleme vieler Asylwerber ist die Untätigkeit, zu der sie auf Grund eines fehlenden Status gezwungen werden. Sie werden als Gefahr für den Arbeitsmarkt wahrgenommen, weil sie uns angeblich Jobs wegnehmen und gelten als Schmarotzer, weil sie von unseren Steuergeldern leben. Kürzere Verfahren wären ein wichtiger und richtiger Ansatz!

Es wäre wichtig, diesen Menschen eine Möglichkeit zu geben, sich zu beschäftigen – gerade in sinnvoller Weise für unsere Gesellschaft. Ein spezieller Zugang innerhalb von 4-6 Monaten zum Arbeitsmarkt würde da sicher helfen. Wie dieser genau aussehen könnte, darüber sollten wir uns Gedanken machen. Es geht nicht nur um die Sinnstiftung durch Arbeit sondern auch darum, dass in dieser Anfangs-Phase das integrative Element Arbeit durch die entstehenden Sozialkontakte eine wichtige Rolle spielt. Das leider „ungesetzliche“ Modell in Vorarlberg war da schon mal ein meiner Meinung nach richtiger Ansatz.

3. *Würden Sie sich dafür einsetzen, die Ausbildungsmöglichkeiten für Asylwerber zu verbessern?*

Sicherlich ein wichtiger Punkt und klar auch eine Frage des Geldes. Ich würde mir eine Art Partnerschaft zwischen Privatpersonen und öffentlichen Ausbildungsstellen wünschen. Damit eine Art gesellschaftlicher Begleitung der Ausbildung stattfinden kann. An dieser Stelle könnte so viel für eine erfolgreiche Integration getan werden. Viele Beispiele zeigen hier gute Erfolge. Zum Beispiel das Modell der Patenschaften für UMF des NGOs Connecting People, bei der ich selber mitarbeite und gemeinsam mit meiner Frau Patenschaften übernommen habe. Auch in Vorarlberg gibt es meines Wissens erfolgreiche Projekte.

Stephanie Cox, die Nummer 2 der Bundesliste Liste Pilz hat bisher zwei erfolgreiche Messen unter dem Titel „Chancenreich“ veranstaltet. Das sind Berufsmessen um Unternehmen und geflüchtete Menschen zusammenzubringen.

Auf Seiten der Arbeitgeber gibt es ein beachtliches Interesse und viele erfolgreiche Ergebnisse zeigen, dass Integration auf der Ebene Arbeit funktioniert.

4. *Finden Sie es richtig, dass subsidiär Schutzberechtigte drei Jahre warten*

*müssen, bevor das Verfahren zur Familienzusammenführung beginnen kann?*

Das mit der Familienzusammenführung ist ein ganz heikler Punkt, da wir damit oft Strukturen und Denkmuster in unser Land holen, die eigentlich nicht hierher gehören und die wir nicht hier in Österreich haben wollen. Davon sind auch diejenigen negativ betroffen, die ihre Familien nachholen. Sie finden sich plötzlich z.B. wieder in einer patriarchalen oder clanartigen Struktur, die in Wahrheit jegliche gute Integration konterkariert und unterlaufen.

Ich bin in dieser Frage nicht nur in Bezug auf subsidiär Schutzberechtigte gespalten und kann hier deshalb keine eindeutige Antwort geben. Letztlich kommt es auf den Einzelfall an und diese Tatsache lässt sich kaum in einem guten Gesetz abzubilden.

5. *Sind Schutz und Betreuung für minderjährige Flüchtlinge in Österreich Ihrer Meinung nach ausreichend gewährleistet?*

UMF werden, so meine Erfahrung in Wien, wo ich hauptsächlich lebe, relativ gut und umfassend in Bezug auf die Ausbildung betreut. Für die anderen Bundesländer kann ich nicht sprechen. Der Knackpunkt ist der 18. Geburtstag. Dann werden die bis dahin vernünftigen Angebote von einem Tag auf den anderen recht dünn und sie sind stark gefordert auf eigenen Beinen zu stehen. Da sind dann doch viele UMF zuerst einmal überfordert. Ist eine Patenschaft da, kann sich das positiv auswirken. Aber letztlich haben viele UMF Angst vor diesem Tag.

6. *Wie beurteilen Sie die aktuelle Regelung für die Mindestsicherung in Vorarlberg? Finden Sie eine "Deckelung" für Familien grundsätzlich gerechtfertigt?*

Die Vorarlberger Regelung ist auf jeden Fall deutlich durchdachter und vermutlich realistischer als die Regelung in anderen Bundesländern. Die Ländle Lösung kennt ja keinen fixen Deckel. Letztendlich geht es immer um (vermeintliche) Kosten und nach der Wahl wird wohl auch in Wien eine Änderung bei der Mindestsicherung kommen (müssen – wegen der Kosten). Prinzipiell bin ich der Meinung, dass es eine österreichweite Lösung braucht, ohne fixen Deckel ähnlich dem Vorarlberger Modell. Was ich mich dabei frage ist, wie und ob das mit der Wohngemeinschaftspflicht funktioniert? Zu bedenken gibt es auch: Finanzielle Ausgrenzung bedeutet immer auch gesellschaftliche Ausgrenzung. Das gilt nicht nur für Flüchtlinge, sondern betrifft auch AlleinerzieherInnen und mittlerweile viele Kinder.

7. *Würden Sie es unterstützen, dass die Entscheidung über das humanitäre Bleiberecht wieder in die Kompetenz der Bundesländer kommt?*

Föderalismus ist immer dort von Vorteil, wenn damit transparentere und daher

bessere Entscheidungen fallen. Da Integration nur vor Ort stattfinden kann, ist hier eine regionale Kompetenz sicher besser. Und es sollte für die lokale Verwaltung und eventuell betreuende NGOs ein Recht auf Stellungnahme geben. Ich kenne aber das derzeitige Gesetz nicht wirklich. Deshalb ist meine Aussage mit Vorbehalt zu sehen.

8. *Wie würden Sie die Integration von bleibeberechtigten Flüchtlingen fördern?*

Das zentrale Element der jetzigen Gesellschaft ist die Arbeit. Weite Teile unserer Gesellschaft definieren sich darüber. Also wird es wichtig sein diesen Menschen eine Chance zu geben am Arbeitsmarkt erfolgreich zu sein. Das ist auch im Bezug auf das Sozialsystem der wünschenswerte Zustand. Das heißt, wir müssen die vorhandenen Kompetenzen dieser Menschen für den Arbeitsmarkt nützen und ihnen entsprechende Unterstützung in Bezug auf Spracherwerb und Ausbildung geben. Ich würde hier gerne über ein gefördertes Freiwilligen-Mentoren-System (Vorbild Kanada?) nachdenken, damit diese Menschen in diesem schwierigen Prozess eine Begleitung von innerhalb der etablierten Zivilgesellschaft erhalten.

9. *Finden Sie es richtig, Menschen bei der derzeitigen Sicherheitslage nach Afghanistan abzuschicken?*

Nein. In Afghanistan herrscht seit 300 Jahren mehr oder weniger Krieg, mit Ausnahme von rund 30 Jahren. Minderheiten wie die Hazara werden seit Jahrhunderten systematisch unterdrückt und phasenweise gezielt verfolgt. Afghanistan ist eine Art „Failed State“ mit einer vielerorts ganz schlechten Sicherheitslage. Immer größere Gebiete fallen wieder in die Hand der Taliban. Nicht einmal stark militärisch geschützte Orte wie die Deutsche Botschaft sind vor Anschlägen sicher. Dahin können wir derzeit keine Menschen gegen ihren Willen zurückschicken. Freiwillige Rückkehr ist davon natürlich ausgenommen.

10. *Sind Sie dafür, dass Österreich verstärkt Flüchtlinge über die Resettlement-Programme der UNO aufnimmt?*

2015 hat uns alle überrascht und überfordert. Rund 130.000 Asylanträge in 2015 und 2016 in Österreich sind in Wahrheit mit den vorhandenen Strukturen nicht sinnvoll zu bewältigen. Es gibt aber mittlerweile auch keine umfassende gesellschaftliche Akzeptanz mehr für Migration. Wir haben als wohlhabender Staat in der EU auch mit der Zuwanderung aus wirtschaftlich schwächeren EU-Staaten zu kämpfen. Aber die mit Abstand größte Migrantengruppe sind die Deutschen, diese Tatsache sollten wir auch nicht außer Acht lassen. ;-) Daneben kämpfen wir immer noch mit der Altlast der fehlenden gelungenen Integration vieler türkischstämmiger Österreicher.

Ergo: Die große Zahl an neu angekommenen Menschen der letzten drei Jahre müssen möglichst schnell und möglichst umfassend integriert werden und es

muss tunlichst vermeiden werden, dass sich in den jeweiligen Communities zu große Subkulturen bilden.

An dieser Stelle müssen staatliche Stellen auch weiterhin mit NGOs und freiwilligen Organisationen zusammenarbeiten. Vielleicht bedarf es dabei an einem mehr an Evaluation und der Etablierung von Prozessen, die dieses Zusammenwirken unterstützen und nicht wie bisher „gefühl“ entgegenwirken.

Haben wir alle unsere Hausaufgaben gemacht und funktionieren die Maßnahmen, dann brauchen wir einen gesamtgesellschaftlichen Diskurs über unsere zukünftige Gesellschaft, der dieses Thema beinhaltet. Hierbei könnten die Sozialpartner eine wichtige politische Rolle übernehmen.

**Zuerst müssen aber genügend Grundlagen für eine erfolgreiche Integration der schon angekommenen Menschen da sein.**